

**„Berliner Tageblatt“**  
erschient täglich (sonntags ausgenommen) in einem Exemplar in einer  
Vergewandlung ausserhalb von Berlin in allen Ver-  
käufsstellen der Provinz, Ostpreußen, Pommern, Schlesien, Westfalen,  
Sachsen, Brandenburg, Hannover, Schwaben, Bayern, Baden, Württemberg,  
Hessen, Nassau, Rheinprovinz, für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur über  
Straßen durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonniert  
man bei der Haupt-Expedition, Fernschreibstraße 48/49; sowie beim Filial-  
Vertriebsbüro 66, Friedrichstraße 20, Fernschreibstraße 67, Zimmerstraße 41,  
Mittelstraße 138, Unter den Eichen 10, Große Brauereistraße 106, Noll-  
Platz 33; ferner bei allen Buchhändlern und Zeitungsverkäufern.  
Preis: Halbescheide: Arthur Schönlank in Berlin.



**Abonnements-Preis**  
für das „Berliner Tageblatt“ und „Sonntags-Beilage“, sowie das illustrierte „Wochenblatt“  
„Die Zeit“, die in der ersten, zweiten, dritten, vierten, fünften, sechsten, siebenten, achten, neunten, zehnten, elften, zwölften, dreizehnten, vierzehnten, fünfzehnten, sechzehnten, siebenzehnten, achtzehnten, neunzehnten, zwanzigsten, einundzwanzigsten, zweiundzwanzigsten, dreiundzwanzigsten, vierundzwanzigsten, fünfundzwanzigsten, sechsundzwanzigsten, siebenundzwanzigsten, achtundzwanzigsten, neunundzwanzigsten, dreißigsten, einunddreißigsten, zweiunddreißigsten, dreiunddreißigsten, vierunddreißigsten, fünfunddreißigsten, sechsunddreißigsten, siebenunddreißigsten, achtunddreißigsten, neununddreißigsten, vierzigsten, einundvierzigsten, zweiundvierzigsten, dreiundvierzigsten, vierundvierzigsten, fünfundvierzigsten, sechsundvierzigsten, siebenundvierzigsten, achtundvierzigsten, neunundvierzigsten, fünfzigsten, einundfünfzigsten, zweiundfünfzigsten, dreiundfünfzigsten, vierundfünfzigsten, fünfundfünfzigsten, sechsundfünfzigsten, siebenundfünfzigsten, achtundfünfzigsten, neunundfünfzigsten, sechzigsten, einundsechzigsten, zweiundsechzigsten, dreiundsechzigsten, vierundsechzigsten, fünfundsechzigsten, sechsundsechzigsten, siebenundsechzigsten, achtundsechzigsten, neunundsechzigsten, siebenzigsten, einundsiebzigsten, zweiundsiebzigsten, dreiundsiebzigsten, vierundsiebzigsten, fünfundsiebzigsten, sechsundsiebzigsten, siebenundsiebzigsten, achtundsiebzigsten, neunundsiebzigsten, achtzigsten, einundachtzigsten, zweiundachtzigsten, dreiundachtzigsten, vierundachtzigsten, fünfundachtzigsten, sechsundachtzigsten, siebenundachtzigsten, achtundachtzigsten, neunundachtzigsten, neunzigsten, einundneunzigsten, zweiundneunzigsten, dreiundneunzigsten, vierundneunzigsten, fünfundneunzigsten, sechsundneunzigsten, siebenundneunzigsten, achtundneunzigsten, neunundneunzigsten, hundertsten, einhundertsten, zweihundertsten, dreihundertsten, vierhundertsten, fünfhundertsten, sechshundertsten, siebenhundertsten, achthundertsten, neunhundertsten, tausendsten.  
Druck und Verlag von Rudolf Hoffe in Berlin.

# Berliner Tageblatt.

Nummer 474. Berlin, Sonntag, den 17. September 1899. XXVIII. Jahrgang.

## Politische Wochenschau.

von Arthur Levysohn.

Die Erregung über den Urtheilspruch von Rennes zittert in den Gemüthern noch nach. Freilich in Frankreich selbst hat sich eine deutliche Abkühlung bemerklich gemacht. Die Freunde des mit der Annahme mildernder Umstände verurtheilten „Kantonsverräthers“ scheinen meistens zu einem Theil entschlossen, den Kampf ums Recht aufzugeben und sich opportunistisch mit einer Begnadigung zu begnügen, die sie vom Präsidenten selbst erwarten. Damit hoffen sie der Republik seine Verachtung zu verschaffen, nach der das von Parteikämpfen durchschüttelte Land seit so langer Zeit leidet. Zu bedenkenlichen Rührführern ist es infolge des Kriegsverhältnisses Verdict nicht gekommen. Dergleichen wäre viel eher zu befürchten gewesen, wenn ein Freireich die vereinigten Nationalisten, Antisemiten und Monarchisten zu neuer Wuth entflammt hätte. So begnügen sich die Gegner Dreyfus, die Festigkeit des Kriegsgerichts zu behaupten, das durch die Zerkleinerung nacheinander Umstände mit seinem Gewissen ein Kompromiß abschließen versucht hatte. Dazu kam, daß durch das Ministerium Waldeck-Rousseau vorwärtsüber die eigentlichen Leiter der antirepublikanischen Agitation hinter Schloß und Riegel gesetzt worden waren. Die große Komplottsaffäre gegen die Sicherheit der Republik, die bemächtigt schon vor dem Staatsgerichtshof zur Verhandlung gelangt, hatte alle die Elemente der der Strafe verheuchelt, die als die eigentliche Seele der Demonstrationen, denen man sich ausgesetzt glaubte, angelesen werden mußten.

Die neue Session, die die Pariser von dem Prozeß vor dem Staatsgerichtshof erwarten, wird bereits ihre Schatten vor sich her. Die Regierung behauptet, der Planchon führen zu können, daß die Verschönerung der Monarchisten und Plebiszitäre sich zu einer Parallelation gegen den Bestand der heutigen Staatsverfassung ausgewachsen habe. Ob ihr dieser Beweis gelingen mag, steht dahin. Jedenfalls sind vor der Hand die unüberwindlichen Elemente der hauptsächlichsten Bevölkerung ihrer organisirten Führer betraut und somit zur Ohnmacht verurtheilt. Vielleicht, daß zu dem Phänomen der relativen Ruhe in Paris auch die Erregung etwas beitrug, daß es die große Ausstellung gefährden hiesse, wenn die Ordnung auf den Straßen ernstlich bedroht erschiene. Hatte sich doch ohnehin in fast allen Frankreich benachbarten Ländern und selbst in den Vereinigten Staaten von Nordamerika eine rasch auflosende Bewegung fundirte, die darauf abzielte, sich von der Besichtigung der Ausstellung loszusagen, da man nicht ein Fest der Industrie in und mit einem Lande feiern wollte, das sich nicht als ein Hort der Gerechtigkeit, als eine Pfleghalle der Humanität erweisen.

Einem Augenblick — aber auch nur einen Augenblick — lang hatte es den Anschein, als ob der als irato aufgetauchte Vorstoß einer Woykottierung der Welt auszuführen Aussicht habe, den Franzosen große Verlegenheiten zu schaffen. In England und Belgien, in Holland und der Schweiz, in Ungarn und Deutschland gab es Heißsporne in Fülle, die von einer Theilnahme an der Jahrhundert-Jubiläum des Gewerkschleßes, zu der Frankreich die Nationen eingeladen, nichts mehr wissen wollten. Bald aber stellte sich die ruhige Belebung ein, daß eine Verquickung des Ausstellungsunternehmens mit dem Verdict von Rennes, so ungerührt und unwillkürlich es erscheinen mochte, nicht wohl angehe, besonders, da für die meisten Welttheile auch außerhalb Frankreichs die Vorbereitungen schon zu weit gebiehen waren, um sie ohne empfindliche Verluste wieder aufgeben zu können.

Für Deutschland insbesondere, dessen Regierung mit großer Seelenruhe die Nonchalance ertragen hatte, mit der man in Rennes die Erklärung des „Reichsanzeigers“ als juristisch nicht vorhanden erachtet, für Deutschland war es um so heftiger, die Initiative zu ergreifen und der Weltausstellung fern zu bleiben, als man guten Grund hatte, in Paris auf einen industriellen Sieg zu rechnen, der unserem Exportgewerbe fähig nach vielen Richtungen zu Gute kommen sollte. So verständig sich denn bei nüchternem Ueberlegung die Begeisterung für den Ausstellungsboomstiftung faßlich genug, besonders, da man Ursache hatte, anzunehmen, daß es nicht überall im Auslande ideale Bewegungen gewesen waren, die darauf abzielten, die deutsche Industrie vom Weltwettbewerb in Paris fern zu halten.

Dafür aber gab es bei uns Neumalweise, die für die abermalige Vertheilung des „verächtlichen“ Kapitals ganz eigenständige Gründe ausfindig zu machen suchten. In Frankreich war man einsichtig genug gewesen, die Dinge zu nehmen, wie sie lagen; in Deutschland hingegen konstruirte man sich künstlich einen zweiten Verwaltsfall, den Dreyfus an die Spitze zu setzen in Deutschland ist verächtlich, um das ungeheure Verdict des Kriegsgerichts planlos zu machen. Nun ist aber im Verlauf des ganzen Prozeßes nicht eine Anspielung auf Ausland zu Tage getreten. Das achtsame Dossier, man weiß es jetzt zur Gewissheit, enthielt außer allerlei Fictitium nur unterthörischen Briefe des Obersten v. Schwabkoppen an den italienischen Militärbevollmächtigten General Panizzardi, die, wenn sie auch Dreyfus in keiner Weise belasteten, doch zeigten, daß man in Frankreich Generaloffizier und Kriegsgericht nur auf die Beschuldigung des Angeklagten zum deutschen Reiche und zu Italien Gewicht legte. Niemand ist es jemandem eingefallen, zu behaupten, die

im „Vorreau“ aufgeführten Schriftstücke seien an eine andere Macht als an Deutschland ausgeliefert worden, und nur um diese Dokumente, die das „Vorreau“ ausgehört, drehte sich das gesammte Verfahren. Niemand ist das Goetheische Wort: „Legt Ihr nicht aus, so legt Ihr unter!“ drastischer bewahrt worden als bei diesen Verurtheilten innerhalb der deutschen Presse. Dreyfus für ein angebliches Verbrechen bestraft werden zu lassen, dessen er überhaupt niemals angeklagt worden. Diese deutschen Vertheidiger des Kriegsgerichts haben nicht einmal ein, daß sie die militärischen Richter durch ihre Unterstellung, sie hätten Dreyfus nur scheinbar wegen seiner angeblichen Beziehungen zu Orléans v. Schwabkoppen bestraft, noch weit mehr bloßstellen, als dies die Gegner gethan, die den einfachen Tatbestand für ausreichend fanden, um den Präsidenten des Kriegsgerichts und seine vier Mitschuldigen moralisch zu verurtheilen.

In Frankreich, wie gesagt, begegnet diese deutsche Epithetologie keinem Verständnis. Man nennt dort dergleichen „chercher midi à quatorze heures“ und thut es mit einem Achselzucken ab. Auch die russische Presse verhielt sich ablehnend zu diesen Hintertreppentheorien, die nur im Lande der Dichter und Unter einzelne Kreise fanden, die der größten Unterstellung verständnißlos zurückblieben. Da fand G. M. J. Jola in seinem Seitenstück zu dem berühmten „J'accuse“ Briefe, die die Herren besuchten und die Generaloffiziere, um die Richter der militärischen Jury und ihre Hintermänner bis ins Innere zu treffen. Dies Briefstück edelere Fingeringe, was die Sache der Gerechtigkeit, als den man zugleich ersehen konnte, wie dieser Kampf zu dem Dreyfus hatte der Vorwand liefern müssen, nur die Fehde vermindern, die in Frankreich zwischen dem Kaiserreich und der Republik über die Verfassung und die Weisheit herberder Prosa wird den Verfasser noch aus der Waffe der Zeitgenossen glänzend hervorleuchten lassen, wenn man diese feiner Romane schon längst der Zeit ihren Tribut entrichtet haben werden. Genau so, wie man Voltaires menschliches Eintreten für Jean Calas noch heute hochhält und bewundert, während Niemand mehr etwas von seinen einst bespielten Dramen wissen mag.

Diesem Kampfe ums Recht gegenüber, den Zola predigt, verliert auch der Prozedurkrieg gewaltig an Bedeutung, der zur Zeit in Deutschland und namentlich bei uns in Preußen zwischen der Staatsregierung und dem Bunde der Landwirthe entbrannt ist. Es ist nahezu komisch, wie beide Parteien bei uns befreit sind, nach außen hin die Peripherie des Gesichts abzuschwächen. Die Regierungsfreunde behaupten, man wolle den traditionell-befremdeten konservativen Agrariern der Feinde nicht wehe thun, man denke nicht daran, die Herren als Ganzes zu trüben und betrüben zu wollen, wenn man sich auch gewinnend sehe, ein paar Gemüthlich zu statuieren, um den allzu Unbotmäßigen gegenüber die Autorität des Staates aufrecht zu erhalten. Die großdenkenden Agrarier aber befürchten, indem sie sich heftig an die Deust schlagen, ihre unwandelbare feinstreue Loyalität, was sie schlechterdings nicht abhät, bei jeder Gelegenheit gegen dieselbe königliche Autorität zu demonstrieren, die sie im famosen „Kampfe gegen den Umsturz“ hochhalten zu wollen mit tausend Schwüren beides. Man wird bei dieser mit Unablässigkeit ausgeführten Fehde niemals auf den Gedanken kommen, daß die beiden feindlichen Brüder sich ernstlich jürnen, und jeden Augenblick erwarten man, daß sie beide das Dichtwort erfüllen mögen: „In den Armen liegen sich Beide und weinen vor Schmerz und Freude.“

Das Geschehen kann man schlechterdings von den Deutschen in Oesterreich und den Tschechen nicht behaupten. An der Donau ist jetzt der Kampf so weit gebiehen, daß an eine friedliche Ueberwindung der feindlichen Gegeißel kaum mehr ernstlich gedacht werden kann. Die verschiedensten Quasifrieden sind freilich immerwählig an der Arbeit, um eine Vertheilung des Konflikts herbeizuführen. Erst sollte der gemüthliche Deutsche Schmeichelei seine eigenen Landleute für ein Kompromiß müde machen, dann kam die katholische Volkspartei und ihre Führer Rathenry und Fuchs, um den Verlich zu beginnen, die widerpenhigen Deutschen durch allerhand Ehrenfälligkeit für die Wiederannahme der parlamentarischen Thätigkeit zu gewinnen. Aber diesmal scheinen die Deutschen fest bleiben zu wollen, und ohne vorgängige Aushebung der widerlichen Sprachverordnungen ist mit ihnen nichts anzufangen. Inzwischen regiert Graf Thun mit Stille des famosen § 14, der die Verfassung überfällig macht, ruhig weiter, bis er auf den todtten Punkt der Delegationen gelangt. Dem hier greifen die Ungarn ein, die sich ohne rechtmäßig gemachte Delegationen auf keine bindenden Verordnungen in Bezug auf die Reichsfinanz einzulassen wollten. Der ungarische Ministerpräsident sagte einfach: „He Rhodus, he salta!“ Und so wird Graf Thun wohl hingen müssen, aber er wird es eckst thun, wenn der Augenblick vorbei ist, an dem der Sprung noch etwas genügt hätte.

Der nächstgenannte Zeitpunkt zu bemerken, worin doch das Geschehen des nahen Staatsmanes besteht, ist freilich nicht immer sehr leicht. Diese Erfahrung hat loben auch der sonst so kluge und besonnene Kaiserpräsident der Transvaal-Republik gemacht, der jetzt sich nicht mehr darüber täuschen kann, daß er vor Jahresfrist mit viel größerer Aussicht auf Erfolg die kriegerischen Strebungen des Lordbambais in London hätte zu nichte machen können als heute. Vor einem Jahre befand sich Transvaal militärisch in viel besserer Lage als England, und damals hätte die

Republik englischen Angriffen noch viel ausichtsvolle zu widerstehen vermocht. Jetzt hat sich Ohm Krüge durch allerhand Zugeständnisse, die er Herrn Chamberlain gemacht, von einer Position in die andere treiben lassen und wenn er sich nun entschließt, das Schicksal der Südafrikanischen Republik auf eine Karte zu setzen und es auf den Krieg ankommen zu lassen, so haben sich inzwischen seine Chancen so sehr verschlechtert und die des übermächtigen Gegners verbessert, daß es nahezu Wahnsinn ist, wenn Transvaal, wie es den Unheimen hat, in seinem Widerstande gegen die britischen Forderungen beharrt und so den Appell an die Waffen unweineilich macht.

\* Im Konservationen Verein in Elbing hat ein Vorstandmitglied, Rechtsanwält Ströb, vor einigen Tagen sich mißbilligend über die **Wahregelung der Landräthe**, welche gegen den Kanal gestimmt haben, ausgesprochen. Andererseits hat der Redner aber auch Verwahrung dagegen eingelegt, daß unter konservativen Rahmen ein Freidenker die Regierung betrieben werde. Und aus den ganzen Erlebnissen der jüngsten Zeit hat er den Schluß gezogen, daß man im Elbinger Kreise recht daran thue, wenn man an dem Grundsatze festhalte: **Politische Beamte gehören nicht in die Parlamente.** Ein Theil der Presse hat diese Aeußerung für unverständlich erklärt, sie wird aber sehr wohl verständlich, wenn man sich erinnert, daß bei den Landtagswahlen im Herbst v. J. ein scharfer Gegensatz zwischen den Konservationen des Kreises Elbing und den Konservationen des Kreises Marienburg über die Persönlichkeit des zweiten Kandidaten für den Wahlkreis bestanden hat. Einig waren beide Bezirke des Wahlkreises, Herr v. Puttkamer-Plautz an erster Stelle wiederzuwählen. Als zweiten Vertreter aber schlug Elbing den damaligen **Besitzer des bekannten Gutes Gadenin, Herrn Richter**, zur Wiederwahl vor, während Marienburg diesen Namen fallen lassen wollte und den Landrath v. Glatenapp in Vorschlag brachte. Es kam zu keiner Einigung hierüber, und so mußte eben die Wahlprobe gemacht werden. Im ersten Wahlgang wurden für v. Glatenapp 224, für Richter nur 131 Stimmen abgegeben, im zweiten Wahlgang wurde dann v. Glatenapp mit allen konservativen Stimmen (347 gegen 171 liberale) gewählt. Wichtig ist aber, daß die Konservationen in Elbing sich dahin den Landrath, gerade weil er politischer Beamter sei, mit aller Entschiedenheit befehligt hatten. In einem uns vorliegenden Flugblatt, welches auch die Unterschrift des Herrn Ströb und namentlich eine große Zahl von Unterschriften ländlicher Besizer trägt, begegnen wir dem Satze: „Wir halten fest an der Ueberzeugung, daß der Wille des Volkes der Regierung gegenüber nur durch unabhängige Männer, die für ihre Person von jener nichts zu erwarten und nichts zu erstreben haben, mit Entschiedenheit zum unbedingtesten Ausdruck kommt, und daß nur diejenigen die Interessen ihrer Wähler richtig zu verstehen und zu vertreten im Stande sind, welche dieselben theilen. Deshalb bekämpfen wir jede Kandidatur von Verwaltungsbeamten, deren Interesse in der Gönung ihrer Wege, in der Verfolgung ihrer Karriere liegt und darum von demjenigen der Wähler wesentlich verschieden ist.“ Für Konservatione eine bemerkenswerthe nachrückliche und freimüthige Sprache. Was nun aber das Schicksal ist, der Bund der Landwirthe stand nicht etwa in diesem Lager der Unabhängigen, sondern er kämpfte mit sich den Landrath. In dem anderen Flugblatt, mittels dessen das Wahlkomitee für v. Puttkamer und v. Glatenapp sich an die Wähler wendete, wird als besonders wichtig betont, daß der Kandidat auch geeignet sei, an einer Vorlage betreffs Weiterführung der Regulirungsarbeiten an Weidfeld und Drogen erfolgreich mitzuwirken.

Die Gewährung dieser Annahme sollte bald unter Auge an den Landrath des Kreises Marienburg, Herrn v. Glatenapp. Nach eingehenden Beratungen der Vertrauensmänner ist derselbe einstimmig vom Bunde der Landwirthe des Kreises Marienburg und der konservativen Partei des Kreises Marienburg als Kandidat aufgestellt und von uns acceptirt.“ Thatsächlich haben diesen Aufruf auch Vertreter des Bundes der Landwirthe im Elbinger Kreise unterschrieben, und durch diesen Beistand hat sich bemächtigt bei der Wahl das Zünglein an der Waage zu Günstigen der Landrathskandidaten hinübergekippt.

Den gemachten Vorsetzungen werden in den ländlichen Organen noch festgesetzt chronde **Madras** eswinmet. Außerdem scheinen die **Radikalische** Mode zu werden. So wird dem Grabener „Welt“, aus Straßburg in Westpreußen am 14. September gemeldet: „Die so gefest besessene Verwahnung von Kreisreisesessen beschloß, dem wegen seiner Kanalgenossenschaft zur Disposition gestellten Landrath Dumrath als Ehrenbezeugung einen **Fackelzug** darzubringen.“ Wie wichtig, hatten die Konservationen die Wächter, den früheren Regierungspräsidenten in Posen, Herrn v. Jagow durch seine Wahl zum **Landeshauptmann** der Provinz Sachsen für seine **Wahregelung** zu entschädigen. Nach der „Alln. Volksztg.“ hat Herr v. Jagow indessen die Stelle abgelehnt. Was endlich die Kanalgenossenschaftsowarvortragener betrifft, so will die „Pol. Ztg.“ wissen, sie seien nicht zeitweilig vom Hofe verbannt, sondern überhaupt ihrer Stellen entzogen worden.

\* Kaiser Wilhelm hat, wie unsere Leser sich erinnern werden, in Karlsruhe, als er auf dem Zehnfüßigen des Großherzogs erwiderte, das **verständnißlose Zusammenarbeiten unserer Fürsten** als einen sicheren Kitt für **unsere nationale Zukunft** bezeichnet. Diese Worte haben die baltisch-offiziöse **Südbaltische Reichskorrespondenz** zu einem Kommentar begeistert, der für würdig gehalten werden ist, in der Zeitungsschau der „Norddeutschen

Sierzu für die Berliner Abonnenten „Deutsche Geschalle“ Nr. 38.